

Positionspapiere zum Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive

Demografischer Wandel und Nachhaltigkeit

Auch für Initiativen und Projekte, die einer nachhaltigen Entwicklung gewidmet sind, steht im allgemeinen der Umgang mit natürlichen Ressourcen im Vordergrund. Deshalb ist es zu begrüßen, dass sich die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung in einem eigenen Kapitel mit den Voraussetzungen befasst, unter denen sich Familien für Kinder entscheiden (können). Das Stichwort Generationengerechtigkeit kennzeichnet dabei nicht nur die Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, sondern auch soziale und kulturelle Rahmenbedingungen. Die ganze Gesellschaft muss kinderfreundlicher werden und sich in allen Bereichen stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren.

Die Aussagen der Bundesregierung zum demografischen Wandel verdeutlichen das Spannungsfeld, in dem sich Strategien zur Sicherung der Ausgewogenheit zwischen den Generationen befinden. Einerseits stellt das ‚Ja‘ zum Kind eine persönliche und gesellschaftlich nicht verfügbare Lebensentscheidung dar. Andererseits wird geltend gemacht, dass diese Entscheidung prägend ist für die Zukunft und die Vitalität unserer Gesellschaft. Sie repräsentiert die Chancen für ein lebendiges Gemeinwesen, gelebte Solidarität und mehr Lebensqualität für alle.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bekennt sich zu einem offenen Familienbegriff, der vielfältigen Lebensformen Gleichwertigkeit zugesteht. Als Familie gelten verheiratete und nicht verheiratete Eltern, die ihre Kinder gemeinsam erziehen, Mütter und Väter, die ihre Kinder allein erziehen, Stieffamilien, Adoptionsfamilien und Pflegefamilien. Familie ist überall da, wo Erwachsene den Willen und die Fähigkeit besitzen, Kinder zu verantwortungsbewussten und mündigen Bürgern zu erziehen.

Strategische Ziele im Spiegel der Realität

Die Diskrepanz zwischen dem offenen Familienverständnis der Nachhaltigkeitsstrategie und den vorhandenen Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern fordert zu kritischer Würdigung heraus. Nicht nur im Grundgesetz, sondern auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zur Agenda 2010 manifestiert sich die aus der Frühzeit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert stammende Kopplung der Familie an die bürgerliche Ehe, die Frauen zur kostenlosen Haushaltsführung und Männer zum Erwerb des Markteinkommens verpflichtet. Stärker als in anderen europäischen Ländern orientieren sich in Deutschland sozialpolitische Entscheidungen noch immer an der traditionellen Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“, die als Grundeinheit des Wirtschaftens und Bezugsgröße für Transferleistungen gilt. Jüngstes Beispiel sind die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung, die tendenziell Frauen wieder stärker auf das Partnereinkommen verweisen und Ansprüche auf Unabhängigkeit und Eigenständigkeit damit erneut in Frage stellen.

Bisher hat sich keine deutsche Regierung ernsthaft für die Modernisierung der Familie (und damit des Sozialsystems) eingesetzt, obwohl z.B. die prekäre Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt u.a. auch von der EU bemängelt wird. Ein Gutachten zu nachhaltiger Familienpolitik vom November 2003 stellt fest, das deutsche Sozialstaatsmodell fördere nach wie vor nicht die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie, sondern das Ideal des männlichen Alleinverdieners. Mit dieser Orientierung werde ‚die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und einer Realisation von Kinderwünschen ... weniger unterstützt‘¹.

Es ist bedauerlich, dass nach der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 auch der Fortschrittsbericht 2004 den Widerspruch zwischen der anerkannten Vielfalt moderner Familienformen und einem auf den männlichen Ernährer zugeschnittenen Wirtschafts- und Sozialsystem unerwähnt lässt. Die Ungeheimheiten, Brüche, Verwerfungen und Ungerechtigkeiten, die aus der Inkongruenz von gelebtem Leben und institutionalisierten Rahmenbedingungen entstehen müssen, bleiben im Leitbild demografischer Nachhaltigkeit auch weiterhin individuellen Bewältigungsstrategien überlassen.

Mütter ohne Mann haben in besonderer Weise das Nachsehen. Bis heute fehlt ihnen die adäquate Einbindung in sozialstaatliche Strukturen. Da sie nur ungesicherte Unterhaltsansprüche haben, bleiben ihnen auch staatliche Unterhaltersatzleistungen vorenthalten. Mit ihren Sozialbeiträgen (u.a. aus Erwerbseinkommen) finanzieren sie gleichzeitig die Leistungen (z.B. die Witwenrente) an kinderlose Ehefrauen. Um armutsbedingte Sozialleistungen einzusparen, erwartet man von ihnen die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, auch wenn ihre Kinder unversorgt bleiben. Angesichts der Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung kündigt der Verband allein erziehender Mütter und Väter ganz aktuell (Frühjahr 2004) ein sogenanntes Schwarzbuch an.

Die in Aussicht genommene Vereinbarkeit von Familie und Beruf löst diese Widersprüche nicht auf, sondern bringt sie deutlicher zum Vorschein. Jede Familie soll in die Lage versetzt werden, das nötige Einkommen selbst zu erwirtschaften. In der Realität bedeutet dies eine wachsende Verantwortung von Müttern für das Wohlergehen der kommenden Generation. Im Namen der Marktgesellschaft übernehmen sie immer größere Anteile an den (bezahlten und unbezahlten) Aufwendungen für ihre Kinder.

Gender-Perspektiven für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Beispielhaft illustriert der demografische Wandel Strukturen nicht nachhaltigen Wirtschaftens. Theorie und Praxis der Marktökonomie blenden die Bedeutung von unbezahlter Versorgungsarbeit für Wohlergehen und Lebensqualität der Bevölkerung aus – im Hinblick auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienzsteigerung erscheint die Generationensorge als nachrangig. Erst in der jüngeren Vergangenheit analysiert ein weltweiter Diskurs (vor allem unter feministischen ÖkonomInnen) die Eindimensionalität industriellen Wirtschaftens und rückt eine Kategorie der Sozial- bzw. Humanressourcen ins Licht ökonomischer Betrachtung. Im Zeitalter der Dienstleistungen gewinnt neben bezahlter Arbeit der informelle, bisher vor allem von Frauen verantwortete (Arbeits)Bereich immer größere Bedeutung und Gewicht.

Gerade im Hinblick auf ein nachhaltiges Generationenverhältnis ist die Würdigung der unterschiedlichen Aufgaben und Potenziale von Frauen und Männern überfällig. Der Gender-Blick auf demografische Nachhaltigkeit öffnet die abstrakte Kategorie Eltern für die Betrachtung der Unterschiede zwischen Müttern und Vätern. Ganz aktuell weist die Sozialforschung nach, dass Männer häufiger kinderlos bleiben als Frauen. Denselben Trend offenbart die amtliche Bevölkerungsstatistik. Männer jüngeren und mittleren Alters leben zunehmend allein (z.B. ein Viertel der 30-35jährigen – bei den

Frauen sind es nur halb so viele²). Unter allen Haushaltstypen ist es das Segment der Single-Haushalte von Männern, das am schnellsten wächst. Auch die sinkende Bereitschaft von Scheidungs- und nichtehelichen Vätern zur Zahlung von Familienunterhalt dokumentiert die männliche Distanz zur Familie. Ziehen sich Männer langsam aus der Generationensorge zurück, statt sich aktiver auch an der Arbeit des Alltags zu beteiligen?

Nachhaltigkeitsstrategien im Koordinatensystem des deutschen Modells

Was sind die Bezugsgrößen nachhaltigen Wirtschaftens?

Zwar gehört die Umkehr des Geburtenschwunds zu den ausgewiesenen Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie. Doch es ist nicht nur die Langfristigkeit dieser Aufgabe, die zielgerichtetes politisches Handeln beeinträchtigt. Selbst die erklärte Absicht, überholte Strukturen i.S. einer neuen Integration politischer Handlungsfelder aufzubrechen³, übersteigt in vielen Feldern die Potenziale von Experten und Entscheidungsträgern. Auch Nachhaltigkeitsforschung stützt sich auf Daten, die im Hinblick auf wachsende Disparitäten zwischen den Fähigkeiten, Aufgaben und Lebenslagen von Frauen und Männern unergiebig bleiben. Aufschlussreiches Beispiel sind die Angaben zu den steigenden Zahlen von Schul- und Ausbildungsabbrechern. Sie legen nicht offen, dass der Männeranteil an denjenigen wächst, denen die elementarsten Voraussetzungen für die Einbindung in den ersten Arbeitsmarkt fehlen⁴ (S. 268).

Da aus der Perspektive der Bundesregierung ein Instrumentarium zur Beeinflussung des generativen Verhaltens fehlt, focussiert sie ihre Empfehlungen auf den Ausgleich für den mangelnden Nachschub in den Arbeitsmarkt. Im Vordergrund steht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Verkürzung der Ausbildungszeiten und den Aufschub des Rentenzugangs. Für den von der Bundesregierung anvisierten Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner ist neben der Steigerung von wirtschaftlicher Effizienz auch eine ausreichende Zahl von Erwerbspersonen maßgebend.

Die erwünschte Aufstockung der Erwerbsbeteiligung der Frauen ‚im Interesse der Allgemeinheit‘ fügt sich nahtlos in diesen Rahmen ein. Eine Erhöhung ihres Anteils an den Erwerbstätigen bedeutet einen günstigeren Saldo zwischen Aktiven und Leistungsempfängern. Je höher der Anteil der Aktiven an der Gesellschaft, desto verlässlicher kann Wohlstand für alle geschaffen und die Finanzierung von Sozialleistungen an Kinder, Alte und Kranke gesichert werden⁵.

Systemzusammenhänge müssen neu durchdacht werden

Die angepeilte Multifunktionalität der Frauen kennzeichnet eine Wirtschaftsweise, in der Versorgungsarbeit für die Familie keine eigene ökonomische Dimension besitzt, sondern in Analogie zu den Umweltgütern als unbegrenzt vorhanden und verfügbar gilt⁶.

In der vorliegenden Konzeption gewährt die Nachhaltigkeitsstrategie dem zähen Ringen (vor allem von Frauen) um mehr Generationengerechtigkeit wenig Rückhalt. Dagegen motiviert sie zur Intensivierung des Diskurses über Wirtschaftsformen, die sich an Wohlfahrt und Wohlergehen aller Gesellschaftsmitglieder orientieren. Die US-amerikanische Soziologin Nancy Fraser verlieh diesem Ziel eine übergeordnete Begrifflichkeit: das Subjekt nachhaltigen Wirtschaftens wird nicht der männliche Ernährer industriewirtschaftlicher Prägung sein, sondern *the universal carer*, d.h. die Frau oder der Mann, die das Nötige tut, um dem Leben zu dienen⁷.

Kontakt

genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit

LIFE e.V.

Hohenstaufenstr. 8

D-60327 Frankfurt

Fon 069.740757

Fax 069.740842

leitstelle@genanet.de

www.genanet.de

Das Positionspapier Demografischer Wandel wurde von Dr. Elisabeth Stiefel erstellt

email: stiefel@netcologne.de

Endversion 22.3.2004

¹ Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSJ; Prof. Dr. Bert Rürup, Dipl.-Vw. Sandra Gruescu, Berlin November 2003, S. 4

² Statistisches Bundesamt, Leben und Arbeiten in Deutschland, Wiesbaden 2002, (S. 26-27)

³ Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Die Bundesregierung 2002, (www.bundesregierung.de - Langfassung 343 Seiten) S. 13 (pdf-Version)

⁴ ebda., S. 263

⁵ ebda., S. 252 ff.

⁶ Der Beitrag der Frauen zur Sicherung der Generationenfolge wird bis heute an ihrer ‚Fertilität‘ gemessen

⁷ zit. nach Luz Gabriela Arango, Geschlecht, Globalisierung und Entwicklung, in: Arbeit ohne Grenzen, Peripherie Nr. 85/86, Jg. 2002, S. 102, Verlag Westfälisches Dampfboot